

**Antragsdatum: 23.02.2010**

**Antrag an den Rat der Stadt Witten zur Sitzung am 08.03.2010**

<u>Betreff:</u>
-----------------

Finanzierung des Haushaltes 2010
----------------------------------

**Inhalt des Antrags:**

„Der Rat der Stadt Witten beschließt, die Landesregierung zur Einleitung eines **Schuldenmoratoriums** für die Stadt Witten aufzufordern. Die Überschuldung der Stadt ist ohne die vollständige Niederschlagung der Schulden nicht mehr zu überwinden.

Die Einstellung der Investitionen vergrößert den Investitionsstau auf Kosten der Substanz der öffentlichen Straßen und der Gebäude, der sozialen Lage und notwendiger Angebote an die Menschen in der Stadt. Damit wird die Zukunft der Stadt verspielt.

**Begründung des Antrags:**

In letzter Zeit mehren sich auch von Seiten der Bürgermeister in NRW Forderungen in Richtung einer Neuregelung der kommunalen Finanzierung. Es ist zu begrüßen, dass dabei Forderungen aus der alternativen Kommunalpolitik wie „notwendige kommunale Entschuldung“ oder „Entlastung von den Zinszahlungen“ nun nicht mehr Tabu sind, sondern diskutiert werden. Nur folgen diesen Worten bisher nicht auch entsprechende Konsequenzen zur tatsächlichen Schuldenniederschlagung.

Seit über 20 Jahren wird der Haushalt der Stadt Witten konsolidiert. Seit mehreren Jahren existiert ein Haushaltssicherungskonzept. Die Verschuldung der Stadt ist dennoch immer weiter angestiegen.

Selbst die unerwartet hohen Gewerbesteuerereinnahmen im letzten Jahr konnten diese Entwicklung nicht stoppen und noch viel weniger umdrehen. 2010 ist angesichts der Verschuldung ein ausgeglichener Haushalt nicht mal mehr rechnerisch darzustellen.

Die Verwaltung ist gezwungen, über die Kassenkredite die Zinsen für die Investitionskredite aufzubringen. Die Zinszahlungen über neue Kredite sind eine Quelle der stetigen Verschuldung. In den nächsten drei Jahren soll die Zinslast von 13 Millionen auf 21 Millionen Euro jährlich steigen. Diese Summe von 21 Millionen Euro für Zinsen machen bereits ein Drittel der Personalkosten aus.

Die notwendigen Investitionen werden auf nicht absehbare Zeit vertagt, was den substanziellen Verfall der Stadt beschleunigt. Das vergrößert den Investitionsstau: bei Schulgebäuden, der Kanalisation, dem kommunalen Wohnungsbestand usw. Neuinvestitionen finden keine mehr statt.

In einem Haushalt, der kein Geld mehr für freiwillige Ausgaben wie Kultur, Sport und Jugendarbeit hat, geht der politische Handlungsspielraum gegen Null. Die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung existiert damit kaum noch.

Die stetige Verschuldung mit diesen Folgen ist nicht das Ergebnis verfehlter kommunaler Entscheidungen in Witten. Diese Fehlentscheidungen gab es, die Überschuldung hat aber systemische Ursachen in der Umverteilung kommunaler Finanzen.

Fest steht, dass die Finanzierung der kommunalen Ebene immer weiter eingeschränkt wurde. Über Bundes- und Landesgesetze haben sich die jeweiligen Regierungen der kommunalen Kassen bedient.

Hierzu ein aktueller Fakt: Die Bundesregierung wird ihren Anteil an den Unterbringungskosten für Hartz IV-Empfänger senken, lediglich die Höhe der Kürzung steht noch nicht fest. Das führt zu einem entsprechenden Anstieg der Kosten für die Stadt. Die Bundesregierung braucht Mittel für die Subventionierung u.a. der Hotelbesitzer in Milliardenhöhe und bedient sich dazu der weiteren Verschuldung der Kommunen.

Entgegen aller Beteuerungen ist der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen weiter rückläufig. Vom Gesamtsteueraufkommen erhalten die Städte und Gemeinden gerade mal 13 %. An dieser Stelle sei der Hinweis auf Dänemark erlaubt - dort erhalten die Kommunen 40% des Steueraufkommens und sind damit weit von den Problemen deutscher Städte entfernt.

Auch der 15%ige Anteil an der Einkommensteuer wird weiter schrumpfen und steht so nur noch auf dem Papier. Die einmalige Zahlung von 10 Mrd. Euro aus dem Konjunkturpaket II wird durch Steuerrechtsänderungen auch für Witten zum Bumerang. Sie bewirken, dass die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren weniger aus dem Steuertopf erhalten. Schätzungen gehen von 5 Mrd. jährlichen Mindereinnahmen für die 12.000 Städte und Gemeinden aus. Auch für Witten wird das eine nicht unbeträchtliche Summe sein.

In dieser über die Steuerpolitik stetig finanzierten Umverteilung sind die Folgen der Weltwirtschaftskrise noch nicht eingerechnet.

Allein im Januar 2010 ist das Steueraufkommen um 25% gegenüber Januar 2009 zurückgegangen. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Wirtschaftseinwicklung nun wohl in eine Depression übergegangen ist beziehungsweise stagniert. Nach allen Erfahrungen kommt es in solchen Phasen zu Massenarbeitslosigkeit mit der Folge enormer Steigerungen der Sozialkosten für die Stadt.

Die Stadt hat aber keinen Einfluss auf die für ihre Finanzierung entscheidenden Seiten in der Steuerpolitik. Handlungsspielräume, die sich vielleicht aus der Änderung von Hebesätzen ergeben würden, können genauso wenig den Schuldenbaubau bewirken wie der Verzicht auf Ausbildungsplätze für die Stadt oder der weitere Abbau so genannter freiwilliger Leistungen. Die ca. 80 Millionen Euro, die durch die Stadt in den letzten 10 Jahren „eingespart“ wurden, gingen real vollständig in den Kapaldienst mit ca. 90 Millionen Euro ein. Nun steigen Verschuldung und Zinsen noch weiter. Ein weiteres Sparen, lediglich um Zinsen zu bedienen, ist nicht hinnehmbar.

Ein Schuldenmoratorium ist der einzige sichtbare und aktuell mögliche Ausweg aus dieser Situation.

Die Niederschlagung der Schulden ist auch finanziell darzustellen und umzusetzen. Im Bundesdurchschnitt wurden die bisherigen kommunalen Kredite schon 4,1-mal zurückgezahlt, damit sind sie fiskalisch auch bezahlt. Solche Zahlen sind auch für Witten konkret darstellbar.

#### Umsetzungsvorschlag

Die Kommunen gehören zum Land, insofern sind die Schulden der Stadt dort zu bündeln. Die Landesregierung muss die politische Verantwortung für die Niederschlagung der Schulden gegenüber den Banken übernehmen. Angesichts der riesigen Bürgschaften, gerade für die Banken, gibt es dafür auch die nötigen politischen Druckmittel.

Ich möchte den Rat bitten, diesem Antrag zu folgen und damit ein Zeichen gegen die bisherige Umverteilungspolitik zu setzen und den politischen Willen zu dokumentieren, dass es so nicht weiter gehen kann.